

„Es braucht generell weitere Entlastungen“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Schwartze über die Kosten des Gesundheitssystems, die Rente mit 63, den Bahntrassen-Neubau sowie die Abgrenzung zur AfD.

Herr Schwartze, Anfang Mai 2025 trat der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD in Kraft. Wie ist Ihre persönliche Bilanz der bisherigen Regierungsarbeit?

Stefan Schwartze: Viele Gesetze wurden reibungslos umgesetzt. Wir haben zum Beispiel das Rentenniveau für die kommenden Jahre gesichert, das sonst weiter abgesackt wäre. Doch die Diskussion über einzelne Themen hat diese Bilanz überschattet, zum Beispiel über das Beitragsstabilisierungsgesetz für die Krankenkassen. Ich verstehe die Kritik der Bürger. Uns muss bei aller Kritik aber klar sein: Die Kassen müssen handlungsfähig bleiben.

Hausärzte warnen davor, dass die Versorgung der Patientinnen und Patienten nicht mehr im bisherigen Umfang gewährleistet sein wird. Was sagt dazu der Patientenbeauftragte der Bundesregierung?

Wir haben ein 19-Milliarden-Euro-Loch bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Wir hatten zuletzt Kostensteigerungen von fast 8 Prozent im Jahr, die Beiträge stiegen nur um etwa die Hälfte. Das müssen wir wieder zusammenführen. Nötig ist dafür, dass man zunächst ein Gesetz auflegt, das Kosten spart, und zwar nicht nur bei den Versicherten, sondern beispielsweise auch bei der Pharmaindustrie. Einige Punkte müssen wir jetzt aber nochmal nachbessern. Da geht es um die psychische Versorgung von Patienten. Dazu hat der Bundestag einen Entschlussesantrag beschlossen, der den Bereich der dringlichen und schweren Erkrankungen sowie der Kinder- und Jugendlichen von der Sparmaßnahme ausschließt.

Zusätzlich müssen wir die Prävention massiv stärken. Es gibt in Deutschland 123 Millionen Arbeitsunfähigkeitsstage pro Jahr aufgrund psychischer Erkrankungen. Aus demselben Grund müssen auch viele Menschen in Frührente gehen. Das Krankengeld wurde übrigens von jeglicher Kürzung ausgenommen. Das ist ein ganz, ganz großer Erfolg.

An anderer Stelle will Finanzminister und Vizekanzler Lars Klingbeil rund 120 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen, um mehr Geld für die Rüstung ausgeben zu können. Wie passt das zusammen?

Ich würde mir wünschen, dass die Sicherheitslage eine andere wäre und der Ukraine-Krieg aufhört. Doch wir müssen auf die reale Sicherheitslage reagieren. Die Sicherheit der Bevölkerung steht an erster Stelle. Das macht diese intensiven Ausgaben im Verteidigungshaushalt notwendig.

Die Stärkung der Wirtschaft ist ein weiteres Hauptziel im Koalitionsvertrag. Doch der Wachstumsmotor will einfach nicht recht anspringen. Was sind die Gründe hierfür?

Wir haben Maßnahmen wie Investitionspakete, die ihre volle Wirksamkeit erst noch entfalten werden, und Abschiebungen beschlossen. Aber aktuell setzen die Folgen des Iran-Kriegs, zum Beispiel durch Kostenexplosion im Energiebereich sowie Probleme in den Handelsketten, und die US-Zollpolitik unsere Wirtschaft massiv unter Druck.



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Schwartze stellte sich im Haus unter den Linden in Herford den Fragen von NW-Redakteur Matthias Bungeoth. Foto: Ralf Bittner

Auch aus der Wirtschaft im Kreis Herford kommen mahende Worte an die Politik. Die Stichworte: Steuerbelastung, hohe Energiepreise und zu viel Bürokratie. Was tut die Politik hier?

Dieses Jahr haben wir schon die Vereinfachung von Verwaltungsverfahren, mehr Digitalisierung sowie weniger Berichts- und Dokumentationspflichten auf den Weg gebracht. Hier werden noch weitere Maßnahmen folgen. Wir senken darüber hinaus jetzt die Stromsteuer für 600.000 Betriebe in Deutschland. Weitere Entlastungen für Betriebe und die Bürger müssen aber zwingend folgen. Die hohen Energiekosten spüren aktuell alle Verbraucherinnen und Verbraucher an der Zapfsäule.

Ist die Politik dagegen machtlos?

Ich hätte mir schon gewünscht, dass der Tankrabatt fortgeführt wird und wir auf lange Sicht eine Spritpreis-Deckelung erreichen, die Verbraucher auch in Zukunft schützt. Es braucht generell weitere Entlastungen für die Bürger. Sozialversicherungsbeiträge und Verbrauchssteuern sind zu überdenken. Das ist keine einfache Diskussion, weil wir ein Loch im Bundeshaushalt haben. Als SPD setzen wir uns deswegen für eine Erbschaftsteuer ein: Bis zu einem Erbe von einer Million Euro wäre das Ganze

steuerfrei, darüber greift die Abgabe. Dazu wollen wir eine Besteuerung der Finanz- und Kapitalmärkte erreichen.

Nach der Sommerpause steht das Rentenpaket zur Entscheidung an, für die Bürgerinnen und Bürger eine Existenzfrage. Wie wird das Pendel bei der Rente mit 63 ausschlagen?

Tatsächlich gibt es noch keinen Gesetzentwurf zur Rente. Das wird wahrscheinlich auch noch dauern. Ich glaube, dass wir einen guten Blick darauf haben müssen, wie lange die Menschen eingezahlt haben. Eine pauschale Verlängerung der Lebensarbeitszeit kann zu einer Renten Kürzung führen, weil viele gar nicht so lange arbeiten können. Das müssen wir vermeiden.

Bei den jüngsten Kommunalwahlen ist die AfD in viele Räte in Fraktionsstärke eingezogen. Befürchten Sie eine Verrohung des Debattenstils, wie wir ihn auch im Bundestag beobachten können?

Die Arbeit in Berlin ist durch die AfD schon eine andere geworden. Das Klima macht aber auch vor der lokalen, ehrenamtlichen Politik leider nicht halt. Ratsmitglieder berichten zum Beispiel von persönlichen Anfeindungen und Diskussionen, bei denen wissenschaftliche Fakten für nichtig erklärt werden. Das ist ein ernst zu nehmendes Problem für

unsere Demokratie. Ein zu wanderungsfeindlicher Kurs ist ein Hauptthema des rechten Lagers.

Doch viele Strukturen wie Gesundheitssysteme, Kitas, Pflege oder Kultur und auch Belegschaften der Betriebe sind ohne Zuwanderer gar nicht handlungsfähig. Woher kommt die Angst vor Migranten?

Mein Eindruck ist, dass wir eine Sehnsucht nach Normalität haben. Seit 2009, dem Jahr, in dem ich erstmals in den Bundestag eingezogen bin, gab es eine Krise nach der nächsten. Das rechte Lager bietet für all diese, teils sehr komplexen Probleme vermeintlich einfache Lösungen. Eine davon ist, dass Menschen mit Migrationshintergrund das Land zu viel kosten.

Dass sie aber gleichzeitig zum Beispiel unser Gesundheit- und Pflegesystem am Laufen halten, wird natürlich verschwiegen. Gleichzeitig ist es die Aufgabe der demokratischen Parteien, sich an erster Stelle mit den Alltagsnöten der Menschen auseinanderzusetzen. Diese Debatte ist in der Vergangenheit zu kurz gekommen. Das hat etwas mit den Menschen gemacht und fördert die Zustimmungswerte der AfD.

Die Bahntrasse Bielefeld-Hannover ist ja im Kreis Herford ein umstrittenes Projekt. Alle Bahnstrecken sollen künftig noch mehr Fernverkehrszüge aus dem Ausland aufnehmen, entsprechende Gespräche mit der Bundesnetzagentur sind weit gediehen. Wenn es keinen Ausbau gibt, wird darunter am Ende das Nahverkehrsangebot leiden. Welche Lösung präferieren Sie?

Wir haben im Bahnnetz einen riesigen Sanierungsbedarf. Den müssen wir dringend angehen. Für das Neubauprojekt unserer Bahnstrecke Bielefeld-

Hannover ist jedoch aktuell kein Euro finanziert. Meine Sorge ist, dass wir über viele Jahre im Schwebezustand sind und kein privater Hausbesitzer, Unternehmer oder Landwirt weiß, was Sache ist. All diesen Leuten kann man im Moment gar nichts an die Hand geben. Macht es Sinn, das über Jahrzehnte offenzuhalten, oder können wir den Deutschlandtakt auch ohne eine Höchstgeschwindigkeit der Züge von 300km/h aufrecht erhalten? Meine Position ist: Wir machen den viergleisigen Lückenschluss zwischen Minden und Hannover sowie die Sanierung der Bestandsstrecke.

In der jüngsten Sonntagsfrage des Instituts infratest dimap bringt es die SPD bei den Zweitstimmen noch auf 12 Prozent. Wie sehr macht Ihnen dieser Trend Sorgen?

Natürlich macht einem dieser Trend Sorgen. Man muss sich fragen, ob die SPD so noch richtig aufgestellt ist. Wir sind zum Beispiel gut damit gefahren, Partei- und Regierungsämter voneinander zu trennen. Das sollten wir wieder einführen. Für mich heißt das aber auch, dass ich meine Arbeit hier vor Ort verändert habe. Zum Beispiel bin ich jetzt mit dem neuen Gesprächsformat „Bericht aus Berlin“ unterwegs.

Was bedeutet für Sie die Heimat im Kreis Herford neben dem politischen Alltag in Berlin?

Hier im Kreis Herford bekomme ich die Probleme und Sorgen der Menschen und Unternehmen gespiegelt und versuche, das in meine politische Arbeit einzubauen. Der Wahlkreis ist Heimat und das, was mich antreibt, Politik zu machen. Es ist der Grund, warum ich in Berlin kämpfe.

Das Gespräch führte
NW-Redakteur
Matthias Bungeoth